



Der wäre ein Elender, der die Masse irre führt
und ihr nicht sagt, um was es sich handelt

АЩЩЩ'Щ'bf

(Aofn. Fritz Schneider - Leipzig)

Am 1. Juli führte die Stadtorganisation Leipzig eine große Mitgliederversammlung in der Ausstellungshalle 21a durch, auf der Genosse Fedtner zum Thema: „Zwischen der Moskauer und Londoner Konferenz — Was wird aus Deutschlands Schicksal?“ sprach. An der Versammlung nahmen 7000 Genossen und Genossinnen teil

sein. Es ist grundfalsch, die Hände untätig in den Schoß zu legen und alles von der Londoner Konferenz zu erwarten, auf der die deutsche Frage weiter behandelt werden wird. London wird uns nur soviel bringen, wie wir Deutschen uns selbst erkämpfen. Wie können wir von den Siegermächten erwarten, daß sie sich über die Einheit Deutschlands einigen sollen, wenn wir Deutschen selbst noch nicht einmal in dieser Grundfrage unserer nationalen Existenz einig sind. Wir müssen jetzt alles tun, um von uns aus auf breiter demokratischer Grundlage eine gesamtdeutsche Äußerung zu dieser Lebensfrage unseres Volkes herbeizuführen. Es ist deshalb die vordringlichste Aufgabe, daß sich die Vertreter der großen demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der Länder zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenfinden, um auf ihr unüberhörbar den Ruf nach der nationalen Einheit Deutschlands zu erheben. Diese berufenen Vertreter des ganzen Volkes müssen ferner die Forderung nach der Bildung einer zentralen deutschen Verwaltung stellen, die Deutschland in den Potsdamer Beschlüssen zugesichert worden ist. Sie müssen ferner von den Besatzungsmächten die Gewährung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts erwirken, damit das deutsche Volk durch einen Volksentscheid über den demokratischen Einheitsstaat selbst über den zukünftigen staatlichen Aufbau seines Landes entscheiden darf. Damit ist die Forderung auf Zulassung gesamtdeutscher Parteien verbunden. Es gibt keinen Grund dafür, daß die großen demokratischen Parteien in ihrem Wirkungsbereich weiterhin nur auf eine Zone begrenzt werden, statt ihre Kräfte zur Wiedererneuerung unseres Volkes in ganz Deutschland zur vollen Entfaltung zu bringen. Diese Forderung ist besonders für die SED wichtig, da sie die einzige demokratische Partei ist, die trotz ihres Antrages auf Zulassung bisher im Westen verboten ist. Trotz der nunmehr vollzogenen Annahme der „Grundsätze und Ziele“ der SED durch die Parteitage der KPD und trotz des einstimmigen Beschlusses dieser Partei, sich

mit der SED zu verschmelzen, wurde bisher das Verbot der SED weiter aufrechterhalten. Hinter diesen undemokratischen Maßnahmen steckt offensichtlich die Absicht, den Einheitswillen der Werktätigen im Westen sich totlaufen zu lassen. Wenn auch die Schwierigkeiten nicht zu verkennen sind, die sich daraus ergeben, daß viele Parteilose und ehemalige Sozialdemokraten durch dieses Verbot der SED zur Zeit ohne politische Heimat sind, so ist es doch unverkennbar, daß die Hauptforderungen der SED nach der Einheit der Arbeiterbewegung und nach der Einheit Deutschlands in den werktätigen Massen tief verwurzelt sind und die Einheitsbewegung trotz aller Verbote nicht aufzuhalten ist. In der Zeit bis zur Genehmigung von Reichsparteien muß die Arbeitsgemeinschaft KPD-SED weiter ausgebaut und der Freundeskreis der SED als Übergangsform tatkräftig entwickelt werden, ihre Hauptaufgabe liegt darin, durch Unterschriftensammlung, durch öffentliche Versammlungen, durch Werbung in den Betrieben, durch Einflußnahme auf die Gewerkschaften den Gedanken der Einheit der Arbeiterbewegung zu verbreiten, bis die Möglichkeit besteht, dieser Massenbewegung auch im Westen durch die Zulassung der SED die organisatorische Zusammenfassung zu geben.

Die Zulassung der SED im Westen ist für die demokratische Weiterentwicklung in ganz Deutschland von entscheidender Bedeutung. Das Fehlen einer konsequenten demokratischen Kraft ist mit die Ursache dafür, daß im Westen in Wirtschaft, Verwaltung, in Schule und Justiz noch die alten reaktionären Mächte bestimmen und somit die Voraussetzungen für die Entwicklung einer neuen demokratischen Ordnung auf einer gesicherten wirtschaftlichen und politischen Grundlage fehlen.

Der Durchstoß zu einer gesamtdeutschen Partei muß gelingen, damit in ganz Deutschland der neue Weg beschritten wird, der allein zur Sicherung der Demokratie, des Friedens und zum Wohle der breiten Volksmassen führt.

Eine starke, sich über ganz Deutschland erstreckende marxistisch-sozialistische Partei ist